

Deutscher Reichstag

Berlin, 1. Dezember.

Vizepräsident Dr. v. S. Krause, Graf v. Hödern, v. Waldow, Dr. Schiffer.

Präsident Dr. v. A. m. p. f. eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 25 Minuten.

Auf der Tagesordnung steht als erster Punkt die dritte Lesung der Kreditvorlage.

Abg. Pring zu Schoenaich-Carolath (Nat.-L.) gibt als Berichterstatter des Hauptausschusses eine Erklärung ab, in der betont wird, daß der Hauptausschuh den Ausführungen des Reichskanzlers über seine Bereitwilligkeit, in Unterhandlungen mit Rußland zuzutreten, sobald bevollmächtigte Vertreter Rußlands genannt sein werden, einmütig beigetreten sei. (Beifall.)

Der Staatssekretär des Reichsfinanzamtes Graf von Hödern leitet die dritte Lesung der Kriegskreditvorlage mit ein paar Bemerkungen über die Kriegsfiananzierung ein. Er teilt mit, daß die Kriegsteuer, die in erster Linie zur Veranlagung der Kriegsgewinne bestimmt ist, ein Gesamtvermögen von rund 5 Milliarden Mark einschließlich der Zinsfrage haben wird. Das Resultat ist also erheblich besser, als wir es alle bei der vorherigen Befehrbung veranschlagt haben. Die Wehrbeitrag, die jetzt veranlagte Besteuerung mit 100 Millionen Mark und die Kriegsteuer stellen also zusammen die vom Reiche während des Krieges erhobenen direkten Steuern dar, die zusammen über 6 Milliarden ergeben. Nimmt man dazu die Erhöhung der direkten Steuern in den Bundesstaaten und Gemeinden, dann erhält man eine Summe von acht Milliarden Mark, die in der Kriegszeit bisher von uns an besonderen direkten Kriegsteuern erhoben sind. Der Staatssekretär weist auf englische Stimmen hin, die selbst behaupten, daß England genötigt sein könnte, die 26 Milliarden Vorschläge an die Verbündeten in den Rauschfang zu hängen. In den deutschen Krediten seien alle Summen, die zur Stärkung des Kreditens unres Bundesgenossen verausgabt worden seien auch enthalten.

Im Anschluß an das erfreuliche Ergebnis der 7. Kriegsanleihe spricht der Staatssekretär der großen Zahl der freiwilligen Helfer, der Presse, den Banken und den Sparkassen, sowie dem Heere, das wieder in allen seinen Organisationen das Ergebnis gefördert habe, den Dank der Regierung aus. Die beiden ersten Lesungen der Kreditvorlage lassen meine Hoffnungen nicht unberechtigt erscheinen, daß Sie auch dem vorliegenden Vorschlag zustimmen werden.

Abg. Ebert (Soz.): Das russische Angebot ist der erste Schritt zum Frieden. Wir alle stimmen dem zu, was der Reichskanzler erklärt hat. Der russische Vorschlag beruht auf der Grundlage „ohne Einverleibungen und Entschädigungen“ auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Die neue Reichsregierung steht ebenfalls auf dem Boden der Antwort auf die Papstnote. Das begrüßen wir freudig. Die ehrlich gebotene Sand Rußlands darf nicht zurückgefordert werden. Lloyd George und Clemenceau wollen keinen Frieden, sondern die Fortsetzung des Krieges bis auf äußerste. Deshalb stimmen wir dem geforderten Kriegskredit zu. Die nächste Steuervorlage muß eine starke, möglichst reiklose Erfassung der Kriegsgewinne bringen.

Abg. Ledebour (Unabh. Soz.): Für die Invaliden muß rechtzeitig durch Befehre gesorgt werden. Jhnet muß ein genügendes Einkommen gesichert sein. Die Bezüge der Soldaten müssen baldigt aufgebessert werden. Wir begrüßen die Bereitwilligkeit der Regierung zu Friedensverhandlungen. Wir lehnen die Vorlage ab, um so den Frieden zu erzwingen.

Abg. Graf v. Westarp (Konf.): Ich will bei der Kreditvorlage entgegen dem Verhalten des Abgeordneten Ebert nicht auf innerpolitische Dinge eingehen. Einspruch erheben muß ich gegen die Angriffe Eberts auf Herrn von Waldow.

General Vangermann v. Erlencamp: Die Robelle zum Versorgungsgefeh ist fertiggestellt. Jetzt schweben Verhandlungen mit den Zivilresorts, insbesondere sind wir befreit, das Los der Kriegervitwen zu verbessern.

Abg. Dr. David (Soz.): Ebert hat namens unserer Fraktion protestiert gegen die fortgesetzte Erhöhung der Lebensmittelpreise. Die Sicherheit des Deutschen Reiches ist dadurch auf das schlimmste gefährdet. (Der Reichskanzler betritt den Saal.) Hätten wir im August 1914 nach dem Rezept der unabhängigen die Kredite abgelehnt, und das Signal der Zwiotracht gegeben, so wären jetzt nicht die Bolschewiki in Petersburg am Regiment, sondern der siegreiche Zar. (Lebhafte Beifall auf allen Seiten.)

Abg. Zimmermann (Nat.-L.): Die Friedensverhandlungen mit Rußland müssen so geführt werden, daß Deutschland alles dort verlorene Geld und Gut wiederbekommt. Die Bewilligung der Kredite ist auch in diesem Zeitpunkt notwendig.

Die Kreditvorlage wird einmütig gegen die Stimmen der unabhängigen Sozialdemokraten angenommen. (Lebhafte Beifall.)

Es folgt die erste Lesung des Antrags Viesching (Fort-schrittli. Volksp.) auf Abänderung des Kohlensteuergesehs.

Abg. Viesching (Fort-schritt. Volksp.) begründet den Antrag, der die Hausbrandversorgung durch die Gemeinden finanziell erleichtern will.

Staatssekretär Graf Roedern: Die verbündeten Regierungen werden dem Antrag wohl zustimmen.

Der Antrag wird in allen drei Lesungen angenommen.

Vertagung des Reichstages.

Präsident Dr. Kaempf erbittet die Ermächtigung, Tag und Tagesordnung der nächsten Sitzung selbständig festzusetzen. Eine längere Pause sei nicht beabsichtigt.

Nach kurzer Aussprache bleibt es bei dem Vorschlag des Präsidenten.

Der Weltkrieg

Vom westlichen Kriegsschauplatz

Der Militärkritiker des „Echo de Paris“ schreibt zur deutschen Offensive gegen Cambrai, es sei klar, daß ein großer Teil der eroberten Dörfer bis unmittelbar vor Cambrai von den Engländern unter dem Druck der fürchtbaren von den Deutschen eingesehten Massen geräumt werden mußte.

Vom italienischen Kriegsschauplatz

An der Piave-Front wütet ein Artilleriekampf von einer bisher noch nicht erlebten Heftigkeit.

Vom türkischen Kriegsschauplatz

Die englischen Blätter heben hervor, daß die Kämpfe in Palästina plötzlich sehr schwierig geworden seien, und daß die englischen Truppen eine Reihe unerhoffter Rückschläge erlitten haben, wodurch der rasche Vormarsch der letzten Woche ins Stocken geraten sei. Die englischen Truppen hätten einige Schläppen erlitten.

Gegenüber der im englischen Heeresberichte vom 24. November enthaltenen Behauptung, die Türken hätten die Woschee mit dem Grabe des Propheten Samuel beschossen, das die englischen Truppen stets sorgfältig gesohnt hätten, erklärt die Agentur „Mil“ Jedermann weiß, daß die genannte Woschee und das erwähnte Mausoleum seit Jahrhunderten den Schuh der türkischen Regierung gesehen, da die Muselmanen Samuel gleichfalls als Propheten anerkennen und das Mausoleum verehren. Die Beschließung der Baumerke von unserer Seite ist schlechterdings unmöglich. Wir geben daher nochmals bekannt, daß es die Engländer waren, welche die Woschee beschossen und daß die Meldung des Feindes, die diese Tatsache leugnet, durchaus unrichtig ist.

Vom Seekrieg

Der französische Dampfer „Cabourg“ ist mit dem englischen Dampfer „Gillington“ zusammengestoßen. Drei Engländer erlagen ihren Verletzungen. Ueber das Schicksal der Schiffe ist nichts bekanntgegeben worden.

Der englische Dampfer „Sheffield“ (3000 T.) mit Kohlen nach Italien unterwegs ist nachts mit einem unbekanntem Dampfer zusammengestoßen und gesunken.

Deutsches Reich

Der Landesauschuh der preussischen Zentrumspartei ist am Freitag in Berlin zu einer Sitzung zusammengesetreten. Als neue Mitglieder wählte er durch Juwahl Justizminister Eggelsen v. Spahn, Generalsekretär Stegerwald, Mitglied des Herrenhauses, und Kammerzienrat Müller-Hoberg (R.-Glödbach), Vorsitzender des rheinischen Industriekomitees. Der Landesauschuh soll demnächst durch weitere Juwahlen ergänzt werden.

Der Reichsausschuh des Reichstages trat zu einer Beratung zusammen, die sich so sehr hinauszog, daß eine Verschiebung des Beginnes der Vollziehung um 1 1/2 Stunden erforderlich wurde. Es wurde eine Einigung dahin erzielt, daß dem Präsidenten ihr Berufung der nächsten Sitzung freie Hand gelassen wird. Die nächste Sitzung ist für Mitte Januar vorgesehen, sofern nicht die politische Lage eine frühere Einberufung angezeigt erscheinen läßt.

Nach dem amtlichen Wahlergebnisse wurden bei der Reichstagserversammling im Wahlkreise Magdeburg 5 am 27. November insgesamt 2855 gültige Stimmen abgegeben. Davon erhielt der Gymnasialdirektor Gustav Trittel in Reuhaldenleben (natf. lib.) 2854 Stimmen. Eine Stimme war zerplittert.

Aus dem Ausland

Oesterreich-Ungarn

Die deutschnationalen Abgeordneten haben an den Landesverteidigungsminister eine Interpellation, betreffend eine Raatsfeindliche Agitation unter den tschechischen Soldaten an der Südwesffront, eingebracht, in der es heißt: Der Erfolg der Agitation österreicher bzw. ungarischer Staatsbürger unter den Soldaten tschechischer Nationalität zeigte sich darin, daß im Gefecht bei Carrano am 19. September d. J. und bei den Gelegenheiten tschechische Reserveoffiziere zum Feinde übergingen; weiter fand man bei gefallenen italienischen Offizieren die Beweise, daß seit langem tschechische Soldaten Italienern militärische Daten ausliefereten. Auch nach der letzten glorreichen Offensive der Mittelmächte an der Südwesffront fand man in italienischen Randschafsaaktenfunden Andeutungen, daß man über Ort und Zeitpunkt des Beginnes des Angriffs genau unterrichtet war, und zwar auch durch direkte Nachrichten aus den österreicherischen Linien. Auf die vorerwähnte tschechische Werbearbeit ist wohl auch der Verlauf der ersten Frontschlacht zurückzuführen, in der bekanntlich tschechische Abteilungen völlig versagten.

Rußland

Der finnische Landtag hat nach hürmischer Erweiterung, die über zehn Stunden dauerte, einen Entwurf angenommen, der die gesamte Regierungsmacht dem Senat überträgt. Damit ist die vollständige Loslösung Finnlands von Rußland tatsächlich vollzogen.

Sibirien will sich unter der Führung Potapins für unabhängig erklären. Die Minister sind bereits ernannt worden. Die neue Regierung wird überall sympathisch begrüßt. In einer Anzahl von Orten weht die sibirische Flagge.

General Duchonin und die militärischen Vertreter des Verbandes sind aus dem russischen Großen Hauptquartier geflohen. Die Radiostation des russischen Großen Hauptquartiers ist in Händen der Maximilianen. Die „Times“ bringen eine Petersburger Meldung, wonach der bisherige

Hochkommandierende der russischen Armee General Duchonin seit Witupoch früh sich in der Gewalt der maximalistischen Truppen des Hauptquartiers befindet. Nach einer Meldung des „Daily Chronicle“ hat Duchonin den Befehlsgeber der rumänischen Front General Tscherbatschen erucht, als Generallistimus aufzutreten. Die „Times“ melden aus Petersburg, daß nach Moskauer Zeitungen General Duchonin einen Tagesbefehl an alle Truppen richtete, in dem er den Grund darlegte, warum er sich weigerte, die Verhandlungen mit dem Feinde anzuknüpfen. Nach einem Petersburger Gwasbericht wird aus Moskau gemeldet: Die Kosaken Kalebins haben die strategische Einschließung der Stadt Rostow am Don, wo sich noch Maximilianenregimenter halten, beendet. In Südrußland ließ Kalebin zahlreiche Offiziere, die sich der neuen Regierung anschlossen, verhaften.

Ein maximalistischer Erlass ordnet die Auflösung der Petersburger Gemeinderetretung an und setzt die Neuwahlen auf den 9. Dezember fest.

Auch die Trudowiki und die Sozialrevolutionären veröffentlichen jetzt Aufrufe in ganz Rußland, in denen sie für einen sofortigen Friedensschuh eintreten.

Sämtliche russische Regimenter haben sich erneuert für den Frieden erklärt, auch die sibirischen Truppenformationen und jene Truppen, die seinerzeit am Sereth den hartnäckigen Widerstand geleistet haben.

Im Archangelsk ist es den Bolschewiki bisher nicht gelungen, festen Fuß zu fassen. Die Engländer sind dort mehr als je die Herren der Lage. Handel, Gafen und Polizei stehen ebenfalls ausschließlich unter Aufsicht britischer Offiziere und Blaufaden. Der Archangelsker Einwohnerschuh wurde durch Maueranschlag bei Widersehtigkeit mit der Einstellung der Verteilung von Nahrungsmitteln und ernsteren Maßnahmen gedroht. Die britischen Offiziere, Ingenieure und Beamten haben die Orte Randalssa, Semiononow und Alexandrow! flüchtend verlassen und die von ihnen verwalteten Kasernen mit sich genommen. Die Zufuhr von Nahrungsmitteln aus Archangelsk hat aufgehört und der gähende Kurmankäste droht bitterste Hungersnot.

Trotski teilte den Diplomaten der Verbündeten mit, daß Deutschland bereit ist, an allen Fronten Unterhandlungen einzuleiten, um zu einem demokratischen Frieden zu gelangen. Er fragte an, ob sie der Unterhandlungen, die am Sonntag anfangen, beizuwohnen wünschten.

Trotski hat Befehl gegeben, daß keinem Engländer erlaubt werde, Rußland zu verlassen, solange die in England gefangengehaltenen Russen nicht freigelassen worden seien.

Dänemark

„Berlingske Tidende“ schreibt: Durch die Erklärung, daß Deutschland es Polen, Litauen und Kurland überlassen will, über ihr Schicksal zu bestimmen, stellt sich Deutschland als Macht dar, die für das Selbstbestimmungsrecht der kleinen Nationen eintritt und bereit ist, diese Absicht durch die Tat zu bekräftigen. Die Bereitwilligkeit der Mittelmächte zu einem Verhandlungsfrieden wird auch durch Trotskis Veröffentlichung der geheimen Ententebestimmungen hervorgehoben, die der deutschen und österreicherischen Presse Stoff zu weitläufigen Betrachtungen über die Eroberungsgelüste der Entente gegeben haben.

Schweden

Zur schwedischen Espionage im Dienste des französischen Militärrattachés verlautet aus zufälliger Quelle, daß die Hauptaufgebungen, zwei Brüder Löwling, die man gesucht hatte, am 22. vom M. verhaftet wurden. Sie standen, seit vier Monaten mit Hilfe eines Boten des Stocholmer Haupttelegraphenamtes namens Rösahl sämtliche Staatstelegramme der deutschen, österreicherischen, türkischen und bulgarischen Gesandtschaften dem französischen Militärrattaché verschafft zu haben.

Frankreich

Neben der Einberufung der Jahresklasse 1919 sind die zurückgestellten Klassen 1913 bis 1918 zur Reaktivierung befohlen worden.

Die Pariser Konferenz wird von der französischen Presse eingehend besprochen. Die Blätter warnen vor einem Abbruch der Verhandlungen zum russischen Bolke, das von dem Maximilianen nur verführt worden sei. „Radical“ fragt, was die Westmächte tun wollen, um die 40 Militärdor, die sie Rußland geliefert haben, bzw. die Anzahlung für diese Militärdor zu sichern.

Als neuer Beratungsgegenstand wurde auf die Tagesordnung der Pariser Konferenz die rumänische Frage gestellt. Es liegt formell ein Ersuchen der Regierung Rumaniens vor, das von folgenswerer Bedeutung für den Verband ist und sofortige Beschlüsse und Maßnahmen aller Verbündeten fordert.

Italien

Rasagani erhielt die Nachricht, daß sein Sohn in österreicherische Gefangenschaft geraten sei.

Bulgarien

Die Rede des deutschen Reichskanzlers Grafen von Hertling hat den denkbar besten Eindruck in allen bulgarischen Kreisen hervorgerufen. Die bereitwillige Stellungnahme des Kanzlers zum russischen Vorschlag findet in der Presse und öffentlichen Meinung ohne Parteilunterchied lebhafteste Zustimmung.

Aus Stadt und Land

Dresden, den 2. Dezember 1917.

Se. Majestät der König ist am Sonntag vormittag 7 Uhr 50 Min. aus Wien in Dresden wieder eingetroffen.

Se. Majestät der König besuchte gestern vormittag den Gottesdienst in der kath. Hofkirche.

Se. Majestät der König haben für Deutschlands Spende für Säuglings- und Kleinkindershuh einen Betrag von 1000 M. gestiftet.

Bringeffin sind vor demittag und Rön das Grob Telegram dem jed das der Zufah Auszeichn besondere lichen Q lich wäl unsezes hielt Ger hier noch florben. Abteilung seit einig Elisa be nlich dem Nat veröffentl Zeitungen Der Van erneut in allen der die Qrt in der Gelb un formulare Kreuzes, behörden händler anguehm Lehnsom deartiget Rücksahn konig. 10. Dez. 2.40 M das Flu Sonnabend Röhers Jannmach über den diesem D verpflichte und das genommen aktiven D vom D sind. An ungaris hier wohn und atch hören. C melden, stellungen mögen sein. An Meldung dieses J haben. Zeit vom Reuen K 8. Dez. Vorbrud den 4. D 17 ober nan un ausgeh Drehen-b bare unll lichen B das Reich antziblen heit Er. Seinrich und das in Kraft wärfel un gewiesen. oder iser stimmt h herhänge müß abe Kulzeichnu großer B vorzubew Kulzeichnu Befh Ab Danische